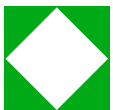




Dominik Stolz

Die demokratische Legitimation der
Europäischen Wertpapier- und
Marktaufsichtsbehörde und ihrer Rechtsakte



Nomos

Augsburger Rechtsstudien

Herausgegeben im Auftrag der
Juristischen Fakultät der Universität Augsburg von

Professor Dr. Arnd Koch
Professor Dr. Thomas M.J. Möllers
Professor Dr. Matthias Rossi

Band 91

Dominik Stolz

Die demokratische Legitimation der
Europäischen Wertpapier- und
Marktaufsichtsbehörde und ihrer Rechtsakte



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Augsburg, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-7960-4 (Print)

ISBN 978-3-7489-2344-2 (ePDF)

D384

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

In Gedenken

Franz Stolz
(1925-2017)

Vorwort

Heiligt der Zweck die Mittel? Diese Frage stellt sich aufgrund von Entwicklungen, welche dazu führten, dass den institutionellen Organen der Europäischen Union durch die Übertragung auf unabhängige Experten im Rahmen der Ausarbeitung und Einführung von Rechtsvorschriften Kompetenzen entzogen wurden. Im Bereich der Finanzdienstleistungen ist dies auf europäischer Ebene seit Jahren der Fall, nicht zuletzt durch die Einführung des Europäischen Finanzaufsichtssystem. Der ohnehin von Natur aus skeptische und in Bezug auf die Verlagerung der Kompetenzen von gewählten Parlamenten auf Behörden durchaus kritische Beobachter dürfte schnell zur Frage gelangen, ob dies mit rechten Dingen zugeht. Wird das uns vertraute Demokratieverständnis hiervon tangiert?

Die Anwendung eines europäischen Demokratieprinzips auf den konkreten Fall der Rechtsetzung durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) ist Gegenstand dieses Werkes.

Die Arbeit lag im Sommersemester 2020 der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg als Dissertation vor. Literatur und Rechtsprechung konnten bis April 2020 berücksichtigt werden, vereinzelt auch bis Dezember 2020.

Besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Gregor Kirchhof LL.M. für die Betreuung und Unterstützung im Rahmen der Promotion – nicht zuletzt während meiner Mitarbeit am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanzrecht und Steuerrecht. Herrn Prof. Dr. Hagen Kobar danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Die Arbeit entstand unter dankenswerter Unterstützung durch die Europäische Kommission in Brüssel sowie die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) in Paris.

Schließlich bin ich den Herren Prof. Dr. Arnd Koch, Prof. Dr. Thomas M.J. Möllers und Prof. Dr. Matthias Rossi zu großem Dank für die Aufnahme in die Schriftenreihe „Augsburger Rechtsstudien“ verpflichtet. Ich freue mich, auf diese Art und Weise mit der großartigen Juristischen Fakultät der Universität Augsburg verbunden zu bleiben.

Frankfurt am Main, im Dezember 2020

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Kapitel 1: Einführung	27
Kapitel 2: Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde	35
A. Stellung und Bedeutung der ESMA im Europäischen Finanzsystem	35
I. Rechtsnatur der ESMA	36
II. Der rechtliche Rahmen auf Ebene der Europäischen Union	38
III. Entwicklung der Auslagerung und Agenturgründung	39
B. Die Errichtung der ESMA als Ergebnis europäischer Entwicklung	40
I. Der Segré-Bericht von 1966	40
II. Das Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes 1985	41
1. Grundlagen	41
2. Neue Strategie der Rechtsangleichung	42
III. Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) 1987	43
IV. Der Aktionsplan für Finanzdienstleistungen (FSAP) 1999	44
C. Die Neuordnung der Finanzaufsicht	45
I. Entwicklung auf nationaler Ebene	45
1. Unterschiedliche Aufsichtssparten	46
a) Entstehung	46
b) Rechtliche Bewertung	49
2. Die Errichtung der Allfinanzaufsicht	53
a) Der Weg zur Gründung der BaFin 2002	53
b) Rechtliche Bewertung	57
II. Der Lamfalussy-Bericht 2000	61
1. Hintergrund und Zielsetzung des neuen Rechtsetzungsverfahrens	62
2. Inhalt	63
3. Die einzelnen Stufen des Verfahrens	64
a) Stufe 1	64
b) Stufe 2	65
c) Stufe 3	66
d) Stufe 4	66

Inhaltsverzeichnis

4. Weitere Entwicklung des Lamfalussy-Verfahrens	67
a) Hintergründe	67
b) Neugestaltung des Verfahrens	68
c) Institutionelle Neuorientierung	69
III. Aufbau, Aufgaben und Ziele der ESMA	72
1. Organstruktur der ESMA	73
2. Aufgaben der ESMA	74
a) Rechtsdurchsetzung	76
b) Rechtsetzung	77
IV. Entwicklung und Stand der Diskussion in Europa	78
1. Stand der Diskussion bis 2009	78
2. Stand der Diskussion zwischen 2009 und 2011	80
3. Stand der Diskussion seit 2011	81
D. Befugnisse der ESMA	82
I. Einführung	82
II. Einordnung des Lamfalussy-Berichts	82
III. Übertragung auf einzelne Maßnahmen	85
IV. Rechtliche Einordnung	87
1. Abgrenzung der ersten beiden Levels	87
2. Entwurf technischer Standards	89
a) Technische Regulierungsstandards	93
b) Technische Durchführungsstandards	94
c) Einordnung und Wertung der technischen Standards	96
aa) Technische Regulierungsstandards	97
bb) Technische Durchführungsstandards	98
3. Erlass von Leitlinien und Empfehlungen	99
a) Allgemeines	99
b) Inhalt	100
c) Verfahren zum Erlass	101
d) Einordnung und Bewertung	103
aa) Leitlinien	104
bb) Empfehlungen	106
cc) Zwischenergebnis	107
e) Unterscheidung und Einsatz der beiden Regelungsinstrumente	108
4. Legitimation der verschiedenen Rechtsakte	110
V. Rechtliche Anforderungen an die Mitwirkung im Rahmen der Rechtsetzung	111
1. Die Übertragung von Kompetenzen hinsichtlich technischer Standards	111

2. Bedingungen zum Erlass von Leitlinien	114
E. Beispiele neuer Problemfelder	115
I. EU-Finanzmarkttrichtlinie MiFID II	115
II. Die unklare Rolle der ESMA	116
III. Die neue Praxis der Rechtsetzung	117
IV. Zusammenfassung	119
Kapitel 3: Demokratie als politische Ordnung	121
A. Grundlagen des demokratischen Verständnisses	121
I. Bedeutung und Herkunft	122
1. Historische Herleitung	123
2. Kerngehalt demokratischer Legitimation nach nationalem Verständnis	124
a) Anknüpfungspunkte	125
b) Demokratieprinzip nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	125
c) Selbstbestimmung durch Wahlen	128
3. Übertragung auf Unionsebene	130
II. Heutige Demokratiestruktur der EU	133
1. Das Defizit einer eigenen Demokratievorstellung	133
a) Die Wahrung der Identität der Mitgliedsstaaten	134
b) Die fehlende parlamentarische Kontrolle	135
c) Die Möglichkeit des Überstimmens	136
2. Vorzüge demokratischer Legitimation auf Ebene der Europäischen Union	137
3. Die zwei Legitimationsstränge der europäischen Demokratie	138
a) Überblick der demokratischen Legitimationsgrundlage in Europa	139
b) Missstände an der Vermittlung demokratischer Legitimation	140
c) Entwicklung seit Lissabon 2009	141
B. Rolle der Demokratie in der Europäischen Union	142
I. Rechtsakte der Union	143
1. Regelungen innerhalb des Primärrechts	145
2. Regelungen innerhalb des Sekundärrechts	147
3. Zwischenergebnis	149
II. Alternative Anknüpfungspunkte	150
1. Abschied von traditionellen Legitimationsmodellen?	150

Inhaltsverzeichnis

2. Anderwärtige Formen demokratischer Legitimation	151
a) Output-Legitimation	151
b) Deliberative Demokratie	153
3. Eine „geteilte Gesamtordnung“	156
III. Grundgedanken des Kerngehalts europäischer Demokratie	157
C. Europäische Rechtsetzung im Spiegel demokratischer Legitimation	157
I. Allgemeines	158
II. Die problematische Rolle der Europäischen Kommission	158
III. Konkrete Problemfelder der Union	161
1. Ungenügende Rechtsetzungspraxis	161
2. Die Bedeutung verallgemeinernder Regelbildung	162
a) Vorgaben aus dem europäischen Primärrecht	165
b) Erkenntnis	166
3. Die Bedeutung der Wahl des Rechtsinstruments	167
a) Allgemeine Unterschiede	167
b) Allgemeine Bestimmtheit im europäischen Recht	168
c) Zwischenergebnis	170
D. Annäherung an ein europäisches Demokratieprinzip	171
I. Europäische Demokratie in der Rechtsprechung	171
II. Überblick der verschiedenen Legitimationskomponenten	175
1. Funktionelle und institutionelle demokratische Legitimation	176
2. Personelle demokratische Legitimation	177
3. Sachliche demokratische Legitimation	179
III. Zusammenwirken der einzelnen Legitimationsstränge	180
1. Notwendige Sicherung eines erforderlichen Legitimationsniveaus	180
2. Zwischenerkenntnis	183
IV. Komponenten der demokratischen Legitimation auf Unionsebene	183
1. Grundsätzliches	183
2. Die Komponenten demokratischer Legitimation in Europa	184
3. Funktionelle und institutionelle demokratische Legitimation in der Europäischen Union	186
4. Personelle demokratische Legitimation in der Europäischen Union	187
a) Europäisches Parlament	188

b) Rat der Europäischen Union	189
c) Europäische Kommission	190
d) Originäre demokratische Legitimation innerhalb der Europäischen Union	191
5. Sachliche demokratische Legitimation in der EU	193
6. Zwischenergebnis	195
V. Zusammenwirken der einzelnen Legitimationskomponenten auf Unionsebene	196
1. Möglichkeit der Restriktion	196
2. Vermittlung demokratischer Legitimation über die Mitgliedsstaaten	197
3. Konzept der gemeinschaftsrechtlichen Legitimationsstränge	198
4. Bewertung	199
VI. Zwischenergebnis	200
E. Die ESMA im Lichte des Demokratieprinzips	202
I. Gang der Anwendung des Maßstabs	202
II. Problemdarstellung	203
Kapitel 4: Bewertung der Errichtung der ESMA	205
A. Kriterium der Unabhängigkeit	205
B. Aufbau und Struktur	208
I. Der Vorsitzende	209
II. Der Exekutivdirektor	209
III. Der Verwaltungsrat	210
IV. Der Rat der Aufseher	210
1. Interne Organisation und Verfahren	210
2. Interessenkonflikt der Mitglieder	211
3. Aufgaben	211
4. Demokratische Legitimation	212
a) Der personelle Legitimationsstrang	212
b) Der sachlich-inhaltliche Legitimationsstrang	215
c) Ausgleich der Legitimationsstränge	217
C. Organisation und Konzeption	218
I. Beratende Tätigkeiten aus der „zweiten Reihe“	218
1. Beteiligung am Erlass von delegierten Rechtsakten	218
2. Vereinbarkeit mit Demokratieprinzipien	219

Inhaltsverzeichnis

II. Die übertragenen Befugnisse	221
1. Die Meroni-Doktrin	221
2. Weiterentwicklung der EuGH-Rechtsprechung	222
3. Relevanz der Rechtsprechung für die behandelte Problematik	223
D. Zusammenfassung	225
1. Effiziente Demokratie	226
2. Defizite demokratischer Legitimation	227
Kapitel 5: Bewertung der Rechtsetzung durch die ESMA	229
A. Stellungnahmen und beratende Tätigkeiten	229
I. Veröffentlichung von Stellungnahmen	229
II. Beratende Tätigkeit für die Kommission	230
III. Würdigung aus Demokratiesichtspunkten	232
B. Technische Regulierungs- bzw. technische Durchführungsstandards	233
I. Vereinbarkeit mit dem europäischen Primärrecht	234
II. Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip	238
1. Einfluss der ESMA auf den Gesetzgebungsprozess	238
2. Ausmaß der übertragenen Befugnisse an die ESMA	239
3. Gehalt der demokratischen Legitimation	240
III. Zusammenfassende Bewertung	244
C. Leitlinien	245
I. Rechtliche Einordnung der Leitlinien	245
1. Formale Betrachtung	246
2. Tatsächliche Wirkungen	247
a) Faktische Bindungswirkung	247
b) Eingriff in die Rechte der Adressaten	250
II. Verfahren zum Erlass von Leitlinien	251
III. Inhaltliche Anforderungen an Leitlinien der ESMA	255
IV. Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip	256
1. Ausmaß der Legitimationstränge	257
2. Tatsächlicher Gehalt der Leitlinien	259
3. Anforderungen demokratischer Legitimation	261
a) Wirkung der ESMA-Leitlinien	261
b) Besonderheiten der ESMA-Leitlinien	262
c) Schlussfolgerungen	266
V. Bewertung	266

D. Zusammenfassung	267
Kapitel 6: Schlussgedanken	269
A. Fazit	269
B. Denkbare Reaktionen	271
1. Neufassung des Art. 16 der ESMA-Verordnung	271
a) Eindeutige Begrenzung des Regelungsbereichs von Leitlinien	272
b) Verpflichtende Anhörung	273
2. Aufsicht der ESMA durch die Europäische Kommission	273
3. Begrenzung der Wirkung von Leitlinien	274
4. Ein neues Regelungsinstrument	275
a) Rechtliche Bedingungen	276
b) Vorgaben an das Verfahren	277
c) Vorteile des neuen Regelungsinstruments	277
d) Einbettung in die Europäische Rechtsetzung	278
Kapitel 7: Darstellung zentraler Thesen und Erkenntnisse	279
Literaturverzeichnis	285
Rechtsprechungsregister	325

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AEAPP	Autorité européenne des assurances et des pensions professionnelles (engl.: EIOPA)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	(Die) Aktiengesellschaft
AIF	Alternative Investment Fund
AIFM	Alternative Investment Fund Manager
AIFMD	Alternative Investment Fund Manager Directive
AIG	Auslandsinvestmentgesetz
allg.	allgemein(e/es)
Alt.	Alternative
amtl.	amtlich(e)
AÖR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
ausdr.	ausdrücklich
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz (Österreich)
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAnz	Bundesanzeiger
BAKred	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
BAV	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen
BAWe	Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
Beschl.	Beschluss

Abkürzungsverzeichnis

BGH	Bundesgerichtshof
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMI	Bundesministerium des Inneren
BOA	Board of Appeal
BörsZulV	Börsenzulassungsverordnung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSchuWG	Gesetzes zur Regelung des Schuldenwesens des Bundes
BSchuWV	Verordnung zur Übertragung von Aufgaben nach dem Bundesschuldenwesengesetz
BT-Drs	Bundestagsdrucksache
Bull.	Bulletin
BusLaw	American Business Law Journal
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (amtliche Sammlung)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BvE	Organstreitverfahren (Registrierzeichen BVerfG)
BvF	Abstrakte Normenkontrolle (Registrierzeichen BVerfG)
BvG	Verfassungsstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern (Registrierzeichen BVerfG)
BvL	konkrete Normenkontrolle (Registrierzeichen BVerfG)
BvO	Fortgeltung vorkonstitutionellen Rechts als Bundesrecht (Registrierzeichen BVerfG)
BvR	Verfassungsbeschwerden (Registrierzeichen BVerfG)
bzgl	bezüglich
ca.	circa
CESR	Committee of European Securities Regulators
CNB	Česká národní banka (Tschechische Nationalbank)
DB	Der Betrieb
dems.	demselben
ders.	derselbe
Destatis	Statistisches Bundesamt
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung

d.s.	das sind
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
DZB	Der Zertifikateberater
EAGV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom-Vertrag)
EASA	European Aviation Safety Agency
EBA	European Banking Authority
ebd.	ebenda
ECFR	European Company and Financial Law Review
ECOFIN	Rat der Europäischen Finanz- und Wirtschaftsminister
ECON	Ausschuss für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik des Europäischen Parlaments
EEA	Einheitliche Europäische Akte / European Environment Agency
EFPIA	European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
ELJ	European Law Journal
EMA	Europäische Arzneimittelagentur (European Medicines Agency)
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht
EPL	European Public Law
Erg.Lfg.	Ergänzungslieferung
ESC	European Securities Committee
ESFS	European System of Financial Supervision
ESMA	European Securities and Markets Authority
ESMA-VO	Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 vom 24.11.2010

Abkürzungsverzeichnis

ESRB	European Systemic Risk Board
ESTAT	Statistisches Amt der Europäischen Union (auch: Eurostat)
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
ESZB-Satzung	Protokoll über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Gericht (der Europäischen Union in erster Instanz)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUP	European Union Politics
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUROPOL	European Police Office
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (ab 1992: EG-Vertrag)
EwGr.	Erwägungsgrund
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZB	Europäische Zentralbank
f., ff.	folgende Seite(n)
FAS	Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
FSAP	Financial Service Action Plan
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fed. Reg.	Federal Register
Fed. Sec. L. Rep.	Federal Securities Law Reporter
finn.	finnisch
Fn.	Fußnote
FinAnV	Finanzanalyseverordnung
FRA	European Union Agency for Fundamental Rights
franz.	französisch
FS	Festschrift
Ga	Gutachtem
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GRC/GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GS	Gedächtnisschrift
GVwR	Grundlagen des Verwaltungsrechts
Hdb.	Handbuch
Hervorh.	Hervorhebung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGR	Handbuch der Grundrechte
Hrsg.	Herausgeber(in)
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts
i.E.	im Ergebnis
IMG	Inter-Institutional Monitoring Group
i.F.v.	in Form von
IPbPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt)
i.R.d.	im Rahmen des/der
i.R.e.	im Rahmen einer/eines
i.S.d.	im Sinne des/der
i.V.m.	in Verbindung mit
IMFS	Institute for Monetary and Financial Stability
insb.	insbesondere
insg.	insgesamt
InvG	Investmentgesetz
IPE	Ius Publicum Europaeum
Iss.	Issue
ital.	italienisch
ITS	Implementing Technical Standards
JBB	Journal of Banking Law and Banking
JFRC	Journal of Financial Regulation and Compliance
JIEL	Journal of International Economic Law
JöR	Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristen Zeitung
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften

Abkürzungsverzeichnis

Kap.	Kapitel
KJ	Kritische Justiz
k-mi	Kapital-Markt intern
KOM	Arbeitsdokumente der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
kroat.	Kroatisch
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LG	Landgericht
lit.	littera
luxemb.	luxemburgisch
MaComp	Mindestanforderungen an Compliance und die weiteren Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach §§ 31 ff. WpHG für Wertpapierdienstleistungsunternehmen
MAF	Mutuelle des architectes français assurances
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.H.a.	mit Hinweis auf
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
n.n.i.d.	noch nicht in der/dem
neubearb.	neubearbeitet(e)
Neudr.	Neudruck(e)
niederl.	niederländisch
NJ	Neue Justiz
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Numero
Nr(n).	Nummer(n)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
öster.	Österreichisch
OGAW	Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
OLG	Oberlandesgericht
Orig.	Original
pop.	PublicLaw.at online publications
port.	portugiesisch

Abkürzungsverzeichnis

PSPP	Staatsanleihekaufprogramm des Eurosystems (Public Sector Purchase Programme)
PVS	Politische Vierteljahresschrift
Rat	Rat der Europäischen Union
Ref.	Reference
RGBL	Reichsgesetzblatt
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RTS	Regulatory Technical Standards
S.	Seite
s.o.	siehe oben
schw.	schwedisch
SEC	United States Securities and Exchange Commission
SEK	ursprünglich interne Arbeitsdokumente der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
Slg.	Sammlung der Entscheidungen des EuGH und des EuG
sog.	sogenannte(s,n)
SolvV	Solvabilitätsverordnung
Sp.	Spalte
SSM	Single Supervisory Mechanism
StPO	Strafprozessordnung
Stw.	Stichwort
StWuStP	Staatswissenschaft und Staatspraxis
u.a.	unter anderem
UA.	Unterabsatz
überarb.	überarbeitet(e)
übers.	übersetzt
Urt.	Urteil
USA	United States of America
v.	vom
V.	Verfasser
Va. L. Rev.	Virginia Law Re
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Verb.	Verbunden(e)
VerkProspV	Verkaufprospektverordnung

Abkürzungsverzeichnis

VermVerkProspV	Verordnung über Vermögensanlagen-Verkaufsprospekte
Versch.	Verschiedene(r,s)
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VerwArch	Verwaltungsarchiv
Verf.	Verfassung
Vf.	Verfahren
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorbem.	Vorbemerkung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
VW	Versicherungswirtschaft
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht (Wertpapier-Mitteilungen)
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpPG	Wertpapierprospektgesetz
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZFR	Zeitschrift für Finanzmarktrecht
ZfWG	Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIB	Zeitschrift für Internationale Beziehungen

Abkürzungsverzeichnis

ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (ursprünglich: „Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis“)
zit.	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZP	Zusatzprotokoll
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSE	Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft
zw.	zwischen

Weitere Abkürzungen werden im laufenden Text erklärt.

Für sonstige gebräuchliche Abkürzungen wird im Übrigen auf *Kirchner/Böttcher*, Abkürzungsverzeichnis in der Rechtssprache, 9. Auflage, Berlin 2018 verwiesen.

